



CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL  
INTERREGIONALER PARLAMENTARIERRAT  
Saarland - Grand Est - Luxembourg - Rheinland-Pfalz -  
Wallonie - Fédération Wallonie-Bruxelles -  
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens

---

## Endgültige Fassung

### **Empfehlung des Interregionalen Parlamentarierrats (IPR)**

**betreffend**

**Den Herausforderungen des Klimawandels in der Großregion gemeinsam begegnen:  
Interregionale Ansätze für grenzüberschreitenden Hochwasserschutz entwickeln!**

**verabschiedet auf der 67. Plenarsitzung des IPR am 10.06.2022 in Metz**

*Auf Vorschlag der Kommission 4 „Umwelt und Landwirtschaft“ und der Kommission 6 „Innere Sicherheit, Katastrophenschutz und Rettungsdienste“ beschließt der IPR.*

Die Unwetterereignisse vom 12.-15.7.2021 mit lokalen Extremniederschlägen, Sturzfluten und Hochwasser in Flusstälern haben in der Großregion zu riesigen Sachschäden und dem beklagenswerten Verlust zahlreicher Menschenleben geführt. Die Ereignisse werden von Experten als Hinweis auf den Klimawandel eingestuft, mit der Befürchtung der Häufung und Wiederholung solcher extremen Unwetterereignisse in den kommenden Jahren.

Eine Verkettung verschiedener Faktoren hat zu dem ungekannten Ausmaß der Schäden beigetragen: Die hohe Sättigung der Böden durch vorausgehende Niederschläge; die immensen Niederschlagsmengen, die teilweise nie gemessene Dimensionen in 24 Stunden erreichten; die zwar lokalen Ausmaße der Einzelereignisse, aber auch die gleichzeitige Verbreitung an unterschiedlichen Stellen der Großregion; nie zuvor gemessene Abflussmengen in den Flüssen. Diese Kombination mehrerer Faktoren hat zu Extremhochwässern geführt, die teilweise über dem Hochwasser der Jährlichkeit 1000 (HQ1000) lagen.

Aus diesem Grund haben die beiden Kommission 4 (Umwelt und Landwirtschaft) und die Kommission 6 (Innere Sicherheit, Katastrophenschutz und Rettungsdienste) des IPR am 7. März 2022 eine gemeinsame Anhörung mit Experten durchgeführt:

- Prof. Dr.-Ing. Alpaslan Yörük, Leiter der Forschungsgruppe Wasser der HTW (Saar) und des aktuellen Forschungsprojekts zum Hochwasserrisikomanagement im SaarLorLux-Raum im Kontext des Klimawandels
- Fr. Carmen Fey, Referentin Hochwasserrisikomanagement im Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (Saarland) und Leiterin der IH-Gruppe (*inondations/Hochwasser*) der IKSMS

**Der IPR verweist darauf**, wie wichtig Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel sind, die die Resilienz der Lebensräume stärken und die Hochwassergefahr bekämpfen.

Der IPR **begrüßt** die laufenden Forschungsaktivitäten, mit denen die multifaktoriellen Ursachen von und die Häufung solcher Unwetterereignisse im Kontext des Klimawandels untersucht werden. Der IPR unterstreicht dabei insbesondere den grenzüberschreitenden Forschungsbedarf, da die Unwetterereignisse deutlich gemacht haben, dass das gleichzeitige Auftreten lokaler Unwetterereignisse an mehreren Orten in der Großregion zu einer erheblichen Verstärkung und Eskalation der Schäden führen kann, die durch den grenzüberschreitenden Verlauf der Flüsse nicht an Grenzen Halt machen.

Der IPR **unterstreicht** die für Mitteleuropa bedeutenden Beiträge zur Erforschung dieser Unwetterphänomene, die anhand der Simulation von Niederschlagsbelastung und der Modellierung des Niederschlagsabflusses sowie virtueller Pegelpunkte zur Messung darauf abstellt, die Vorhersage der Auswirkungen solcher Ereignisse zu verbessern und damit einen wichtigen Beitrag zum besseren Verständnis sowie zur Vorsorge von Hochwasserereignissen leisten kann.

Der IPR **stellt gleichwohl fest**, dass es unterschiedliche nationale Ansätze bei der bisherigen Erfassung von Hochwassermessungen gibt sowie bei den politischen Schlussfolgerungen, die hieraus für die Hochwasserprävention abgeleitet werden. Außerdem stellt der IPR fest, dass es Unterschiede bei den Meldeverfahren im Katastrophenfall gibt, die eine grenzüberschreitende Hochwasservorhersage bei Starkregenereignissen erschweren.

Der IPR **würdigt** die Arbeit der Internationalen Kommissionen zum Schutz von Mosel und Saar (IKSMS), die seit den 1960er Jahren den internationalen Austausch von Informationen vorantreibt; auf die AG Hochwasserschutz und Hydrologie der IKSMS, die vor rund 27 Jahre geschaffen wurde, wird besonders verwiesen, auf deren Grundlage

auch eine bessere grenzüberschreitende Abstimmung der regionalen Hochwasserrisikomanagementpläne ermöglicht wird.

#### **Vor diesem Hintergrund fordert der IPR**

- die Großregion zu einem **grenzüberschreitenden Modellraum** für Hochwasserrisikomanagement weiter zu entwickeln;
- gemeinsame **Forschungsprojekte** auszubauen und Netzwerke im Forschungsbereich zu verdichten;
- regionale **Modellprojekte**, z.B. zu Hochwasserwarnung und -vorhersage, auf die Großregion ausdehnen und damit grenzüberschreitende Ansätze zu entwickeln, die auch dazu dienen die Möglichkeiten für grenzüberschreitende ereignisbezogene Information und Warnung der Bevölkerung zu verbessern;
- den Kontakt der zuständigen **Behörden und Institutionen** interregional auszubauen und zu vertiefen, und dabei die Kanäle zum interregionalen Austausch von Informationen und Daten zu stärken, um die Vorhersagemöglichkeiten von Extremwetterereignissen zu verbessern.
- gemeinsame **Hochwasserschutzübungen** im Einzugsbereich grenzüberschreitender Flussläufe durchzuführen;
- die im Hochwasserbereich **national entwickelten Ansätze und Strategien**, insbesondere wenn sie z.B. als Lehre auf Hochwasserereignisse aktualisiert werden, frühzeitig international zu koordinieren und abzustimmen.

Der **Interregionale Parlamentarierrat** richtet diese Empfehlung an

- die Regierung des Großherzogtums Luxemburg,
- die Regierung der Föderation Wallonie-Bruxelles,
- die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens,
- die Regierung der Wallonie,
- die Landesregierung von Rheinland-Pfalz,
- die Landesregierung des Saarlandes,
- den Regionalrat der Region Grand Est

und darüber hinaus auch an

- die Regierung der Französischen Republik,
- die Regierung des Königreichs Belgien,
- die Regierung der Bundesrepublik Deutschland,
- die Europäische Kommission,
- das Europäische Parlament.